

Parl. Staatssekretär Dr. Köhler

- (A) beseitigen. Dies kann nur gelingen, wenn dieser entsetzliche und unselige Krieg beendet wird. Dies ist die Verantwortung der Sowjetunion und der von ihr dem Lande Afghanistan aufoktroierten Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Gansel.

Gansel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in **Afghanistan** war keine Defensivmaßnahme. Die Sicherheit der großen Sowjetunion war durch das kleine Afghanistan so wenig gefährdet wie heute die der großen Vereinigten Staaten von Amerika durch das kleine **Nicaragua**. Allerdings gibt es im Umgang der Supermächte mit den von ihnen völkerrechtswidrig beanspruchten Vorgärten erhebliche Unterschiede. Während die Vereinigten Staaten den Selbstbehauptungswillen eines kleinen Volkes mit Drohungen einzuschüchtern versuchen, versucht die Sowjetunion, ihn mit der direkten Waffengewalt ihrer Expeditionsarmee zu zerstören. Ich will keine falsche Gleichsetzung und gegenseitige Aufrechnung betreiben. Ich bin dafür, daß jede Supermacht ihre Rechnung präsentiert bekommt. Das ist eine moralisch und politisch wirksame Haltung.

Supermächte sind dadurch definiert, daß niemand sie durch militärischen oder wirtschaftlichen Druck zur Veränderung ihres Verhaltens zwingen kann; aber sie reagieren auf die öffentliche Meinung und auf die Meinung der **Weltöffentlichkeit**. Die Weltöffentlichkeit ist zur Zeit das entscheidende Medium, durch das der Sowjetunion klargemacht werden kann, daß sie einen zu hohen Preis für das Afghanistan-Abenteuer zahlt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Dieser Bundestag ist ein Teil solcher Öffentlichkeit; aber noch wichtiger sind die Teile der öffentlichen Meinung bei uns und in Westeuropa, auf die sich die Sowjetunion zu berufen pflegt, wenn es um die Mittelamerikapolitik der USA oder um die Rüstungspolitik der NATO geht.

Nach über fünf Jahren Krieg, Flucht, Vertreibung und Tod kann niemand ernsthaft behaupten, die sowjetische Armee würde mit Zustimmung des afghanischen Volkes Frieden, Fortschritt und Freiheit gegen fanatische Muslime, chinesisch gelenkte Konterrevolutionäre oder bezahlte CIA-Agenten herstellen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Niemand kann ernsthaft bestreiten, daß der **Widerstand** gegen die sowjetische Armee aus dem Lande und aus der Bevölkerung kommt, auch wenn er sich der Basen auf iranischem oder pakistanischem Territorium bedient. Es ist bekannt, daß er auch von den Vereinigten Staaten finanziert wird. Es kann vermutet werden, daß zumindest Teile der US-Administration ihn auch gegen die Sowjetunion in-

strumentalisieren. Manchem mag der Dorn im Fleische der Sowjetunion zupaß kommen, aber die Sowjetunion hat sich selbst auf diesen Dorn gesetzt. Ich will nicht von Völkermord reden, aber das kleine afghanische Volk droht durch die Last der sowjetischen Gewalt erdrückt zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gibt Einäugigkeit auf der rechten Seite, Herr Werner, und es gibt sie auf der linken Seite des politischen Spektrums. Ich richte meine Worte heute nach links, nicht an meine Partei und Fraktion — wir haben da keinen Nachholbedarf, wie die Debatten dieses Hauses beweisen —, sondern in den gesellschaftlichen Bereich, in die Friedensbewegung, in die Hochschulen und Jugendverbände, auch an den kritischen Journalismus. Es gibt ein Defizit an Information und **Solidarität** mit den Leiden des afghanischen Volkes.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP — Zustimmung des Abg. Horacek [GRÜNE])

Es gibt nur wenige Beispiele wie jene Juso-Hochschulgruppe in Kiel, die nicht nur Bausteine für Nicaragua, sondern auch Bekleidung und Medikamente für afghanische Flüchtlinge sammelt. In dem Mangel an praktischer und öffentlicher Solidarität liegt unser Teil der Verantwortung für das, was in Afghanistan geschieht.

Läßt sich das etwa mit Reagans Nicaragua-Politik entschuldigen? Haben wir nicht den Abzug der Amerikaner aus Vietnam gefordert, obwohl Breschnew seine Truppen in die CSSR einmarschieren ließ? Eine Antwort finde ich in den Schwierigkeiten, sich mit dem Widerstand einer feudalen Gesellschaft und islamischen Religion zu identifizieren. Manche meinen, auf Seiten der Sowjets seien die Landreform, die Alphabetisierung, die Gleichberechtigung der Frau, die Abschaffung religiöser Bevormundung, mit anderen Worten: Fortschritt. Man kann Fortschritt so verstehen. Nur, wenn er mit Gewalt erzwungen wird, erzeugt er Reaktion und ist er Reaktion. Der Einsatz sowjetischer Truppen gegen den Widerstand des Volkes ist reaktionäre **Gewalt**. Der **Fortschritt** ist nie mit den Panzern, mit den Napalmbomben und mit den Exekutionskommandos.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan würde nicht automatisch Frieden und Freiheit für das afghanische Volk bedeuten. Das war auch nicht das Ergebnis des Abzuges der Amerikaner aus Vietnam. Aber er würde ein Weniger an Gewalt, ein Weniger an menschlichem Leid und Chancen für einen Prozeß nationaler und kultureller **Selbstbestimmung** ermöglichen. Der Fortschritt ist selten mit den Fundamentalisten, aber er ist nie mit den Aggressoren. Auf den Fundamentalismus wird die Aufklärung folgen. Sie ist genau das Gegenteil von Gewalt. Das gilt für die islamische wie

Gansel

- (A) für die kommunistische Welt, und auch die westliche Welt befindet sich noch immer auf dem Wege.
(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Höffkes.

Höffkes (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Afghanistan, das bedeutet Hunderttausende von **Opfern** einer unschuldigen und wehrlosen **Zivilbevölkerung**, Tote, Schwerverletzte, Verkrüppelte, Verbrannte und Entstellte in einem beinahe vergessenen Krieg, der nun seit Dezember 1979 fünfeinhalb Jahre dauert. Afghanistan bedeutet auch 4 Millionen **Flüchtlinge**, wovon allein das Nachbarland Pakistan 3 Millionen und der Iran und andere Länder rund 1 Million aufgenommen haben. Diese Staaten bieten Schutz und Zuflucht vor Bombardierungen, Beschießungen und Verfolgungen. **Säuberungsaktionen** der sowjetischen Besatzungsmacht, gestützt auf 130 000 Sowjetsoldaten und die von Moskau eingesetzte Kabuler Regierung, sind an der Tagesordnung. Die Folge ist, daß Hunderttausende, die Haus und Hof, Vieh und Ernten verloren haben, ohne Dach über dem Kopf und auf der Suche nach Sicherheit und Nahrung und ohne medizinische Versorgung heimatlos und entwurzelt im eigenen Land umherirren.

- (B) Ich meine, wir müssen erneut feststellen: Die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan ist völkerrechtswidrig. Die Maßnahmen der Sowjetunion haben das internationale Klima verschlechtert, der Blockfreiheit wurde in Afghanistan ein schwerer Schlag versetzt, und das zeigt, daß Blockungebundenheit kein Schutz ist. Die Region um Afghanistan wurde politisch destabilisiert. Die Entscheidungen der Vereinten Nationen wurden nicht anerkannt und ihre Forderungen nicht respektiert.

In der **Menschenrechtskommission in Genf** gab es im Februar dieses Jahres heftige sowjetische Angriffe gegen den Afghanistan-Bericht des österreichischen Sonderbeauftragten Ermacora. Der sowjetische Vertreter Sofinski bezeichnete den Sonderberichterstatter als aktiven Ideologen des Revanchismus und neonazistischer Propaganda. Kommunistisch regierte Staaten behaupteten, daß schon die Abfassung des Berichts über die Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans sei.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Über **sowjetische Menschenrechtsverletzungen** darf es aber keine Berichte geben. Gibt es sie doch, dann werden sie als solche von Neonazisten oder Revanchisten diffamiert. Dies ist die sowjetische Taktik, wenn festgestellt wird, daß die Sowjetunion völkerrechtswidrig handelt und weder dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz noch dem UN-Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission den Zutritt zum afghanischen Staatsgebiet gestattet. Der Sonderbericht fordert ein Ende der Folter, Amnestie für politische Gefangene, eine Ga-

- (C) rantie für die Sicherheit der Flüchtlinge bei ihrer Rückkehr sowie einen Status Afghanistans, der auf permanente Neutralität abzielt.

Das Verhalten der Sowjetunion war ein schwerer Schlag gegen jede Art von Entspannungspolitik und hat alle sowjetischen Versprechungen als unglaubwürdig dokumentiert.

Der völkerrechtswidrige Krieg der Sowjets in Afghanistan hat den friedliebenden Völkern der Welt gezeigt, daß Friedensliebe ohne Verteidigungsbereitschaft auf annähernd gleicher Basis Frieden und Freiheit gefährdet.

(Zustimmung bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir fordern zusammen mit den 116 Stimmen der Völker in der UN den **Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan**, Achtung des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes und sofortige Erlaubnis für die Tätigkeit des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Afghanistan.

Dank sagen möchte ich allen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die den Afghanen innerhalb und außerhalb ihres Heimatlandes humanitäre Hilfe leisten. Dank gilt auch den Staaten, die Afghanen trotz großer eigener Sorgen in ihrem Land Zuflucht bieten, an der Spitze Pakistan, das die größte Last trägt.

Uns in der Bundesrepublik rufe ich zur weiteren Hilfe für dieses geschundene Land und seine Menschen auf.

- (D) Nachdem alle politischen Gespräche mit den führenden Politikern der UdSSR keinen Erfolg gezeitigt haben, bitte ich die Bundesregierung, in ihrem Bemühen um Frieden auch in Afghanistan nicht nachzulassen und jede Gesprächsmöglichkeit auszunutzen.

Zum Schluß lassen Sie mich noch eine Bitte äußern. Die Mitglieder der SPD-Kommission haben an Pfingsten dieses Jahres die Führer der Sowjetunion besucht und über acht Stunden mit den Herren Gorbatschow, Gromyko, Ponomarew, Agentow, Sagladin sprechen können. Auch die Frage des Abzugs sowjetischer Truppen aus Afghanistan ist dort sicher besprochen worden. Herr Brandt oder Herr Bahr werden unserer Bitte um einen Bericht darüber, was hier erreicht werden konnte, sicher gern nachkommen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Duve.

Duve (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, diese Aktuelle Stunde war ein sehr gutes Beispiel dafür, daß wir uns nicht in jedem Fall zwingen müssen, in die oft sehr schwierige Ost-West-Polka uns einzustimmen und dann nicht in der Lage zu sein, Gemeinsamkeiten erkennen zu lassen. Ich habe das als sehr wohltuend empfunden — mit der einen Ausnahme, Herr Werner: Willy Brandt hat in Moskau im Rahmen des